

## Beraten und beschlossen

12. Landessynode 2015 - 2020

3. Tagung 01. bis 04. Juni 2016

Martin-Butzer-Haus Bad Dürkheim

---

## Berichterstattung

### **Synodalpräsident mahnt zu kritischer Aufmerksamkeit**

Hermann Lorenz warnt vor neuem Nationalismus –  
Grußworte greifen Schwerpunktthema auf

Bad Dürkheim (lk). Der Präsident der pfälzischen Landessynode, Hermann Lorenz, hat angesichts aktueller politischer Entwicklungen vor einer Unterwanderung von Rechts gewarnt und die protestantischen Christen zu kritischer Aufmerksamkeit aufgerufen. Die Kirche müsse politische und ethische Streitfragen der Zivilgesellschaft „im Licht religiöser und theologischer Traditionen“ reflektieren und eine



Anwaltschaft für die Schwachen übernehmen, sagte Lorenz zur Eröffnung der Synodaltagung am Mittwoch in Bad Dürkheim. Aus der Geschichte zu lernen heiße, „nicht zu schweigen, sondern die Stimme zu erheben, sagte Lorenz mit Blick auf das Schwerpunktthema der Synode „Protestanten ohne Protest – die evangelische Kirche der Pfalz im Nationalsozialismus“.

Die Landeskirche dürfe nicht in ihren Bemühungen nachlassen, das Handeln der Politik vor dem Hintergrund des Evangeliums zu hinterfragen, mahnte der Synodalpräsident.

„Erschreckenderweise leben wir heute in einer Zeit, in der Nationalismus und der Hass auf alles Fremde wieder hochkochen. Was tun wir, wenn in den Presbyterien Menschen

auftauchen, die Mitglieder einer nationalistischen Partei sind?“ In seiner Eröffnungsansprache appellierte Lorenz an die Synodalen und an die Kirchenleitung, „sich ernsthaft Gedanken darüber zu machen, wie unsere Kirche sich selbst schützen kann. Ich habe die große Sorge, dass wir keine Instrumente haben, dafür zu sorgen, dass in unserer Kirche kein anderer Geist als der Heilige Geist lebt und von unseren Kanzeln kein anderes Evangelium verkündet wird als das in der Bibel überlieferte“.

Das Schwerpunktthema der Synode wurde auch in den Grußworten der Ehrengäste aufgegriffen: Der Nationalsozialismus sei eine Zeit des Versagens aller Kirchen gewesen, sagte der Ökumenereferent der Diözese Speyer, Thomas Stubenrauch. Der Protest von Christen gegen Judenhass und Gewalt und für die Würde des Menschen sei „viel zu oft ausgeblieben“. Dagegen brächten die Kirchen heute ihren Protest gegen jede Form von Ungerechtigkeit und Ausgrenzung „immer wieder lautstark und vor allem auch gemeinsam“ zum Ausdruck. Stubenrauch bezeichnete es als eine der großen Aufgaben der Ökumene, gemeinsam eine Sprache, Bilder und Symbole zu entwickeln, „mit denen wir heute unserem Protestauftrag nachkommen können, den Menschen unserer Zeit zu helfen, dass sie Gott in ihrem Leben entdecken und ihm darin Raum geben“.

1. Juni 2016, Bad Dürkheim

## **Änderung der Wahlordnung im Blick auf die Bezirkssynode**

Bad Dürkheim (lk). Geistliche Mitglieder einer Bezirkssynode, die zwar ihren Dienstsitz, nicht jedoch ihren Wohnsitz in einer Kirchengemeinde des Kirchenbezirks haben, können künftig Mitglieder der Bezirkssynode sein. Die entsprechende Änderung der Wahlordnung hat die Landessynode bei ihrer Tagung in Bad Dürkheim beschlossen.

Die bisher geltende Rechtslage hat nach Auskunft von Oberkirchenrat Dieter Lutz besagt, dass das Amt eines geistlichen Bezirkssynodalen mit dem Verlust des Wahlrechts in den Kirchengemeinden des Kirchenbezirks erlischt. Damit habe ein Geistlicher die Mitgliedschaft in der Bezirkssynode verloren, wenn er in keiner Kirchengemeinde des Kirchenbezirks mehr Mitglied ist. Dies galt insbesondere im Falle eines Umzugs nach außerhalb des Kirchenbezirks oder auch außerhalb der Landeskirche.

Mit der Änderung reagiere man auf die heutige Lebenswirklichkeit. „Die zunehmende Mobilität von Stelleninhaberinnen und Stelleninhabern, die nicht zugleich Gemeindepfarrstellen innehaben, führt dazu, dass der Dienst- und der Wohnort sich immer öfter nicht mehr entsprechen“, sagte Lutz. Dies gelte auch für Pfarrerehepaare, die in unterschiedlichen Kirchenbezirken Dienst täten.

Grundsätzlich festgehalten werde an dem Grundsatz, „dass alle Geistlichen mit Dienstsitz im Kirchenbezirk auch in der Bezirkssynode Sitz und Stimme haben und somit zur Willensbildung in diesem Organ des Kirchenbezirks beitragen“, so der juristische Oberkirchenrat.

1. Juni 2016, Bad Dürkheim

## **Vision für ein Europa als Wertegemeinschaft**

### Landessynode: Kirchenpräsident Christian Schad ruft zu Solidarität und Verantwortung auf

Bad Dürkheim (lk). Nach Auffassung des pfälzischen Kirchenpräsidenten Christian Schad hat die Kirche in ihrem Handeln eine globale Verantwortung. Mit Blick auf das Themenjahr „Reformation – und die Eine Welt“ der Reformationsdekade bezeichnete Schad das protestantische Prinzip der „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ als Vision für ein weltoffenes Europa. In einer Wertegemeinschaft sei Pluralität nicht Mangel, sondern Reichtum: „Die Pflege unterschiedlicher Traditionen dient der lebendigen Einheit, wenn das gemeinsame Fundament sichtbar ist, auf dem wir stehen“, sagte der Kirchenpräsident am Mittwoch vor der in Bad Dürkheim tagenden Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz.

„Wir leben in einer voneinander abhängigen Welt. Was am einen Ende des Planeten geschieht, hat unmittelbare Auswirkungen auf das andere“, führte der Kirchenpräsident in seinem Bericht aus. Darin betonte er ein „Ja zum interreligiösen Austausch“ und rief zu Toleranz und Respekt vor dem Fremden auf. Zugleich mahnte Schad eine protestantische Gedenkkultur und notwendige Erinnerungen an: Gerade in einer Zeit, in der längst überwunden geglaubte Vorurteile in der Gesellschaft wieder spürbar seien, müsse sich die evangelische Kirche auch zu ihrer eigenen Schuld bekennen. „Glaubhaft sind wir nur, wenn wir ebenso das belastende Erbe unserer Kirche bewusst wahrnehmen“, sagte Schad mit Blick auf die Rolle der Landeskirche während der NS-Zeit. Das Thema „Protestanten ohne Protest – Die evangelische Kirche der Pfalz im Nationalsozialismus“ ist auch Schwerpunkt dieser Synode.



Zuwanderung bezeichnete Kirchenpräsident Schad als die gegenwärtig größte gesellschaftliche Herausforderung. Einer Politik der Abschottung erteilte er in diesem Zusammenhang eine klare Absage: „Es gibt Probleme, die machen vor Staatsgrenzen keinen Halt.“ Gleichwohl müsse den Fluchtursachen, wie etwa Kriege, Armut und Klimawandel, entgegengewirkt werden. Schad stellte in seiner Rede den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt: „Wir wollen als Kirche für andere und mit anderen unseren Beitrag leisten zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Dabei müssen wir verhindern, dass Schwache gegen Schwache ausgespielt werden.“ Zur Werteordnung gehöre indes die

Anerkennung der gleichen Würde jedes Menschen ebenso wie die Bejahung des demokratischen Rechtsstaats.

„Als evangelische Christen sind wir Teil der einen, universalen Kirche Jesu Christi“, führte der Kirchenpräsident in seinem Bericht aus. Er rief dazu auf, gegen Verfolgung, Gewalt und Terror einzutreten und sich auch solidarisch mit den überall in der Welt verfolgten Christen zu erklären. Schon jetzt sei beispielsweise im Nahen Osten von einer „Ökumene des Martyriums“ die Rede. „Gewalt im Namen einer Religion ist Gotteslästerung“, unterstrich Schad. Immer mehr verfolgte Christen würden in unserem Land Zuflucht suchen. Der Kirchenpräsident machte Mut, zu den christlichen Gemeinden anderer Sprache und Herkunft in der Region Brücken zu bauen: „Wir erleben dadurch, wie vielfältig die Formen evangelischen Christseins sind.“

1. Juni 2016, Bad Dürkheim

## Entscheidung in ökonomischer Verantwortlichkeit

### Kirchenpräsident nimmt Stellung zum Evangelischen Krankenhaus Zweibrücken



Bad Dürkheim (lk). Der pfälzische Kirchenpräsident Christian Schad will sich persönlich für ein Zusammengehen des angeschlagenen Landesvereins für Innere Mission (LVIM) mit den Diakonissen Speyer-Mannheim einsetzen. Voraussetzung dafür sei aber, dass eine Lösung für das in Schwierigkeiten geratene Evangelische Krankenhaus Zweibrücken in Trägerschaft des LVIM gefunden werde.

Die Diakonissenanstalt sei aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage, das Krankenhaus zu übernehmen, stellte Schad, der den Vorsitz im Verwaltungsrat der Diakonissen Speyer-Mannheim innehat, klar. Dies wäre „ein Schritt gegen die ökonomische Vernunft, der nicht nur hunderte, sondern tausende Arbeitsplätze in der pfälzischen Diakonie gefährden würde“, sagte der Kirchenpräsident am Mittwoch zum Auftakt seines Berichtes vor der in Bad Dürkheim tagenden Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz.

Bei einem Zusammengehen des LVIM mit den Diakonissen Speyer-Mannheim blieben nach Schads Worten das Evangelische Krankenhaus in Bad Dürkheim sowie acht stationäre Altenhilfezentren in der Vorder- und Westpfalz mit rund 900 Pflege-Plätzen in diakonischer



Hand und rund 1.400 Arbeitsplätze gesichert. „Wir leben gesellschaftlich und kirchlich in gewaltigen Transformationsprozessen und stehen vor großen Herausforderungen“, führte Schad aus. Er hoffe, dass die mit großer Ernsthaftigkeit geführten Verhandlungen des Landesvereins trotz zu erwartender Einschnitte zu einem akzeptablen Ergebnis führten, „gerade auch für die unmittelbar Betroffenen“.

Zugleich sprach der Kirchenpräsident den Mitarbeitern des Evangelischen Krankenhauses seinen „allergrößten Respekt“ dafür aus, dass sie auch in der gegenwärtig schwierigen Situation mit hohem persönlichem Engagement für eine bestmögliche pflegerische und ärztliche Versorgung der Patienten bürgten. „Sie stehen mit bemerkenswerter Loyalität und Dienstbereitschaft zu ihrem Krankenhaus. Ihnen ist es zu verdanken, dass die Klinik nach wie vor ein leistungsstarker Anbieter für Pflege und Gesundheit ist.“

1. Juni 2016, Bad Dürkheim

## **Marianne Wagner zur Oberkirchenrätin gewählt**

Die Pfarrerin für Weltmission und Ökumene hat sich gegen drei Mitbewerber durchgesetzt

Bad Dürkheim (lk). Pfarrerin Marianne Wagner ist am Mittwoch von der in Bad Dürkheim tagenden Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz zur Oberkirchenrätin gewählt worden. Von 68 abgegebenen Stimmen entfielen auf die 54-Jährige 39 Ja-Stimmen, für ihren Gegenkandidaten Kirchenrat Michael Löffler votierten 26 Synodale, es gab drei Stimmenthaltungen. Wagner tritt die Nachfolge von Oberkirchenrat Gottfried Müller an, der Ende August in den Ruhestand tritt. Wagner bedankte sich für das in sie gesetzte Vertrauen: Sie stehe „für ein lebendiges Christuszeugnis und für eine Kirche mit einem klaren geistlichen Profil“, hob die pfälzische Pfarrerin für Weltmission und Ökumene hervor.

Wagner setzte sich im vierten Wahlgang gegen Michael Löffler, theologischer Abteilungsleiter im Personalreferat der Badischen Landeskirche, durch. Pfarrer Steffen Jung, Leiter des Evangelischen Trifels-Gymnasiums Annweiler, und der Pfarrer und Verlagsleiter Martin Schuck waren nach zwei Wahlgängen, in denen keiner der vier Kandidaten die erforderliche Mehrheit erhalten hatte, ausgeschieden. In der Nachfolge von Gottfried Müller ist Marianne Wagner als



Dezernentin für die Pfarrer und Vikare zuständig sowie für die theologische Fort- und Weiterbildung, die Jugendarbeit und Planungs- und Strukturfragen. Marianne Wagner ist seit 2002 Pfarrerin im Missionarisch-Ökumenischen Dienst der Landeskirche in Landau und vertritt schwerpunktmäßig den Arbeitsbereich Weltmission und Ökumene. Die 54-Jährige arbeitete zuvor im Kirchenbezirk Neustadt. Wagner lebt in Neustadt und hat einen Sohn.

„Meine Vision von Kirche ist eine Kirche, die sich einmischt“, sagte Wagner, die auch Vorsitzende des Werkes Evangelische Mission in Solidarität (EMS) ist, in ihrer Vorstellungsrede. Sie verstehe Kirche nicht nur als Organisation, sondern auch als „lebendigen Organismus“. Gleichwohl sei Kirche kein „Weltanschauungsverein“, betonte die Pfarrerin. Volkskirche im Wandel bedeute vor allem Glaubwürdigkeit. „Damit können wir auch wieder die jungen Menschen für uns gewinnen.“ Als die größte Herausforderung betrachte sie den „Aufbruch zu einem neuen Miteinander von Pfarrern und Ehrenamtlichen“, sagte Wagner. Gemeindeberatung und Gemeindeentwicklung möchte sie als Oberkirchenrätin verstärkt in den Blick nehmen.

Die Stelle des geistlichen Oberkirchenrats war erstmals im Frühjahr 2015 ausgeschrieben worden. Bei der Wahl durch die Landessynode im November 2015 hatten die beiden Bewerber, der Neustadter Dekan Armin Jung sowie Pfarrer Martin Schuck, nicht die erforderliche Mehrheit erreicht. Die Stelle wurde daher im Januar 2016 erneut ausgeschrieben. Oberkirchenräte werden in der pfälzischen Landeskirche auf die Dauer von sieben Jahren gewählt, Wiederwahlen sind möglich. Sie leiten die einzelnen Dezernate des

Landeskirchenrates, der obersten Behörde der Landeskirche. Den Vorsitz im Kollegium führt der Kirchenpräsident. Er ist auch für die Geschäftsverteilung zuständig.

1. Juni 2016, Bad Dürkheim

## **Kirchenstatus der EKD gebilligt**

### Landessynode stimmt Grundordnungsänderung zu

Bad Dürkheim (lk). Die Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz hat bei ihrer Tagung in Bad Dürkheim der Änderung der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit großer Mehrheit zugestimmt. Darin wird die EKD als Gemeinschaft der 20 lutherischen, reformierten und unierten Landeskirchen selbst als Kirche bezeichnet. Mit dieser Ergänzung fänden die seit Bestehen der EKD geführten Debatten über den Kirchenstatus der EKD ein Ende, erklärte Oberkirchenrätin Karin Kessel. Die Ergänzung der Grundordnung ändere nichts an der Kompetenzverteilung zwischen den Landeskirchen und der EKD.

Die leitende Juristin der Landeskirche verwies auf die 1973 von allen reformatorischen Kirchen in Europa beschlossene theologische Übereinkunft, die „Leuenberger Konkordie“. Dieses Dokument ökumenischer Gemeinschaft zum Beispiel bei Taufe und Abendmahl sei unabhängig von den jeweiligen Traditionen und Bekenntnissen zustande gekommen und habe in Deutschland die Gemeinschaft der Gliedkirchen der EKD gestärkt, so Kessel. Zur Änderung der Grundordnung sei die Zustimmung aller Landeskirchen notwendig.

Die EKD nimmt nach eigenen Angaben ihre von den Landeskirchen übertragenen Gemeinschaftsaufgaben wahr. Die demokratisch verfassten und gewählten Leitungsgremien der EKD sind Synode, Rat und Kirchenkonferenz. Sie tragen die Verantwortung für die Wahrnehmung der Aufgaben der EKD, die in der kirchlichen Verfassung, der Grundordnung der EKD, festgehalten sind. Zu diesen Aufgaben gehören u.a. die Auslandsarbeit und Militärseelsorge sowie die Beschäftigung mit sozialen und gesellschaftlichen Fragen. Die Geschäfte von Synode, Rat und Kirchenkonferenz nimmt das Kirchenamt der EKD in Hannover wahr.

2. Juni 2016, Bad Dürkheim

## **Schwerpunktthema der Synode: „Es geht um unsere Identität“**

### „Protestanten ohne Protest“: Landeskirche benennt Versäumnisse und Herausforderungen

Bad Dürkheim (lk). Mit der Rolle der Landeskirche während des Nationalsozialismus, den Versäumnissen von damals und den Lehren, die heute daraus zu ziehen sind, befasste sich die in Bad Dürkheim tagende Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz an ihrem Schwerpunkttag. Der pfälzische Protestantismus sei zwar mit einer historisch-kritischen Gesamtschau seiner Rolle in den düstersten Jahren der deutschen Geschichte „spät dran“. Gleichwohl sei die Beschäftigung der Synode mit der NS-Kirchengeschichte auch ein Zeichen dafür, „dass wir uns als Kirche ernst nehmen“, führten der Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli und Akademiedirektor Christoph Picker aus. Zur eigenen Identität gehörten „eben nicht nur die Reformation, die Protestation und die Union, sondern auch das belastende Erbe der NS-Zeit“.

Kirchenpräsident Christian Schad bezeichnete in seiner Einführung in das Schwerpunktthema das von der Landeskirche in Auftrag gegebene, kürzlich erschienene Handbuch „Protestanten ohne Protest. Die evangelische Kirche der Pfalz im

Nationalsozialismus“ als eine systematische Aufarbeitung protestantischer Geschichte. Akademiedirektor Christoph Picker, Archivleiterin Gabriele Stüber, Oberkirchenrat i.R. Klaus Bümlein und Kirchenrat Frank Matthias Hofmann haben das zweibändige Werk herausgegeben. Rund 60 Autoren haben daran mitgewirkt. Es sei ein „publizistischer Stolperstein“ und ein „Felsbrocken, der nicht mehr weggeräumt, abgearbeitet oder aufgelöst“ werden könne, sagte Sarcinelli. Sein Fazit: „Ein Bollwerk gegen den aufkommenden Nationalsozialismus war der Protestantismus jedenfalls nicht. Im Gegenteil.“ Auch der kirchliche Umgang in den unmittelbaren Nachkriegsjahren mit der eigenen Verstrickung habe „zu den nicht weniger traurigen Kapiteln“ gehört.



„Sich der Schuld- und Schamgeschichte der Landeskirche, ihren Gefährdungen und ihrer Verführbarkeit zu stellen, hat mit Wahrhaftigkeit sich selbst gegenüber zu tun“, erklärte Kirchenpräsident Christian Schad. Mit dem Handbuch werde ein deutlicher Akzent im Blick auf die Erinnerungskultur gesetzt. Aus der Tatsache, dass die damals unmittelbar Beteiligten heute nicht mehr am Leben sind, ergebe sich eine historische Distanz, die die notwendige Voraussetzung sei für eine möglichst kritische Aufarbeitung zumal der eigenen Geschichte. Für ihn verbinde sich damit jedoch die Frage, was es für die Opfer des Nationalsozialismus bedeutet habe, „dass sie mit ansehen mussten, dass nach 1945 ehemalige Täter und Mitläufer des Regimes ungebrochen Verantwortung übernahmen – in Politik und Gesellschaft und auch in unserer Kirche“, sagte Schad.

## Protestantismus und Nationalsozialismus gingen Hand in Hand

Die Beschäftigung der Synode mit der NS-Kirchengeschichte sei auch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber denen, die zwischen 1933 und 1945 an der Kirche gelitten hätten, erklärte Christoph Picker. Wer aus der Geschichte lernen wolle, komme um die intensive Beschäftigung mit ihr nicht herum. Er

halte es historisch für offensichtlich, dass Protestantismus und Nationalsozialismus in der Pfalz weitgehend Hand in Hand gingen. Zumindest indirekt sei die pfälzische Landeskirche auch in die Verbrechen involviert gewesen, indem sie beispielsweise sogenannte „Ariernachweise“ aus den Kirchenbüchern ausgestellt oder verweigert habe. „Hier spielte die Kirche der tödlichen NS-Rassenpolitik direkt in die Hände.“ Die Frage, wie die Landeskirche mit diesem historischen Erbe umgehen soll, sei, so Picker, mit dem Buch noch keineswegs beantwortet. „Vergangenheit lässt sich nie abschließend bewältigen. Sie kann verblassen, aber sie lässt uns nicht los.“



Auch Pfarrer Stefan Meißner vom Arbeitskreis Kirche und Judentum sprach von einer bleibenden Verantwortung der Landeskirche gegenüber dem Judentum. Der Prozess von Umkehr und Neuanfang in den christlich-jüdischen Beziehungen sei nach dem Ende des Dritten Reichs nur zögernd in Gang gekommen, resümierte Meißner in seinem Beitrag. Darin sprach er gelungene Initiativen und Begegnungen an und benannte

offene Fragen und Herausforderungen, wie etwa einen zunehmenden israelbezogenen Antisemitismus und den aus seiner Sicht überfälligen Verzicht auf eine kirchliche Mission unter Juden.

Pfarrer Gerd Kiefer von der Evangelischen Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft stellte zum Thema „Versöhnungsarbeit“ praxisnahe Projekte vor, beispielsweise den Arbeitskreis Ukraine-Pfalz sowie das von der Männerarbeit der EKD unterstützte Kinderzentrum Nadeshda in Weißrussland, wo sich jährlich 5.000 Kinder aus verstrahlten Gebieten der Tschernobyl-Katastrophe erholen können.



Pfarrer Detlev Besier von der Arbeitsstelle Frieden und Umwelt erinnerte sich an eigene Erfahrungen mit Konfirmanden bei seiner Spurensuche in jüdischen Gemeinden, dem erlebten Erstaunen und der tiefen Betroffenheit. Stolpersteinlegungen und die NS-Gedenkstätte in Neustadt seien Beispiele eines belebten wie gelebten Erinnerns, so Besier.

2. Juni 2016, Bad Dürkheim

## Schuldverstrickungen offen aussprechen

### Luther und die Juden: Kirchenpräsident Schad mahnt an „notwendige Erinnerungen“

Bad Dürkheim (lk). Im Blick auf das Reformationsjubiläum 2017 muss nach den Worten des pfälzischen Kirchenpräsidenten Christian Schad die evangelische Kirche eigene Fehler und Schuldverstrickungen offen aussprechen. Zu den notwendigen Erinnerungen gehöre auch das Thema „Martin Luther und die Juden“. Forschungen belegten, dass die späten „Judenschriften“ des Reformators im weiteren Verlauf der Geschichte zur Rechtfertigung von Judenhass und Verfolgung dienten, sagte Schad.

Judenfeindschaft habe in Europa ihre Wurzeln unter anderem im religiös begründeten Antijudaismus, führte Kirchenpräsident Schad vor der in Bad Dürkheim tagenden Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz aus. Aus Angst, die Duldung der jüdischen Religion könne den Zorn Gottes auch über das christliche Gemeinwesen heraufbeschwören, habe Luther 1543 in seiner Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ die Verbrennung der Synagogen, die Zerstörung jüdischer Häuser, die Konfiszierung von Talmud und Gebetbüchern sowie Handelsverbot und Zwangsarbeit empfohlen. „Im 20. Jahrhundert waren es die



Nationalsozialisten – und hier vor allem ihre innerkirchlichen Bannerträger: die Deutschen Christen –, die die entsprechenden Textauszüge Luthers immer wieder anführten.“

Der Kirchenpräsident warnte in diesem Zusammenhang vor einem neu aufkeimenden Rechtsextremismus. Längst überwunden geglaubte Vorurteile seien bis in die Mitte der Gesellschaft hinein virulent. „Der älteste und hartnäckigste Vorurteilskomplex gegenüber einer Gruppe von Menschen, nämlich der Antisemitismus, ist in der deutschen Bevölkerung nach wie vor tief verankert“, so Schad.

Demgegenüber hat sich die Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz im Jahr 1995 dazu bekannt, jeder Form von Judenfeindschaft entgegen zu treten. Dessen eingedenk sei es angemessen, so der Kirchenpräsident, auch reformatorische Irrwege deutlich als solche zu benennen und sie einer Revision zu unterziehen: auf der Grundlage der Heiligen Schrift. So gehe man mit Luther, der stets gefordert habe, sich durch das biblische Wort selbst kritisieren zu lassen, über Luther hinaus.

**Hinweis:** Eine von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland konzipierte Wanderausstellung mit dem Titel: „Ertragen können wir sie nicht“ setzt sich mit dem problematischen Verhältnis Luthers zu den Juden auseinander. Sie ist bis 12. Juni im Martin-Butzer-Haus in Bad Dürkheim und vom 15. Juni bis 15. Juli im Frank-Loebches-Haus in Landau zu sehen.



2. Juni 2016, Bad Dürkheim

## **Verantwortung für die Zukunft übernehmen**

### Aus "schuldhafter Verstrickung" zur Verpflichtung - Synode verabschiedet Resolution

Bad Dürkheim (lk). Die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Landeskirche sieht die Evangelische Kirche der Pfalz als Verpflichtung, in der Gegenwart umso klarer für das Lebensrecht und die Würde aller Menschen einzustehen. Für eine protestantische Grundhaltung sei heute prägend, "die eigenen Positionen zu hinterfragen, das Evangelium klar zu bezeugen und Verantwortung für andere zu übernehmen", heißt es in einer in Bad Dürkheim einstimmig verabschiedeten Resolution der Landessynode. Diese fasst die Debatte zum Schwerpunktthema der Tagung über die Haltung der Landeskirche im Nationalsozialismus zusammen.



Ausgangspunkt der Diskussion war das im April veröffentlichte Handbuch "Protestanten ohne Protest", in der die Rolle der Landeskirche in der NS-Zeit untersucht wurde. Die pfälzische Kirche habe es gegenüber dem Nationalsozialismus nicht vermocht, "Jesus Christus als den Herrn und das alleinige Haupt seiner Gemeinde" zu bekennen, so die Synode. Das Handbuch zeige individuelles, kollektives und institutionelles Versagen auf. Dazu zähle "die Selbstgleichschaltung der Kirche und die Selbstanpassung des Protestantismus", die sich in kaum fassbarer Geschwindigkeit vollzogen habe.

In der Pfalz habe es weder einen Kirchenkampf noch einen öffentlichen Widerspruch gegen Entrechtung, Deportation und Ermordung von Juden gegeben, stellt die Landessynode in ihrer Resolution fest. Daher sei man heute und in der Zukunft verpflichtet, "jeder Form von Judenfeindschaft entgegenzutreten und über die besonderen Beziehungen zum Judentum hinaus, zum Frieden unter allen Religionen beizutragen und für Religionsfreiheit einzustehen".

In Folge der schuldhaften Verstrickung zwischen 1933 und 1945 müsse heute dem Rechtspopulismus sowie der Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz entgegengewirkt werden, so die Resolution. Die Kirche und jeder einzelne Christ seien verpflichtet, sich für eine offene Gesellschaft einzusetzen und "am demokratischen Gemeinwesen mitzuwirken". Freilich müsse dem Staat gegenüber die kirchliche Unabhängigkeit gewahrt bleiben.

Zur Förderung von Projekten zu lokalgeschichtlichen Arbeiten oder zur Unterstützung der Gedenkstättenarbeit wird die Landessynode im nächsten Doppelhaushalt jeweils 50.000 Euro zur Verfügung stellen. Damit solle auch die "Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" unterstützt werden, die unter anderem jungen Menschen Freiwilligendienste in Europa, Israel und den USA ermöglicht.

3. Juni 2016, Bad Dürkheim

## **Resolution zu „Protestanten ohne Protest“**

Mit dem Handbuch „Protestanten ohne Protest – Die evangelische Kirche der Pfalz im Nationalsozialismus“ stellt sich unsere Kirche ihrer schuldhaften Verstrickung zwischen 1933 und 1945. Die pfälzische Kirche vermochte es nicht, gegenüber dem Nationalsozialismus „Jesus Christus als den Herrn und das alleinige Haupt seiner Gemeinde“ zu bekennen (Kirchenverfassung seit 1920).

Das Handbuch zeigt individuelles, kollektives und institutionelles Versagen auf. Vor dem Reformationsjubiläum 2017 und dem pfälzischen Unionsjubiläum 2018 nehmen wir auch das belastende Erbe unserer Kirche bewusst wahr.

### **Das Versagen der Kirche**

1. Die meisten Protestanten in der Pfalz begrüßten 1933 die nationalsozialistische Machtübernahme voller Erwartungen. Viele erhofften sich davon neue missionarische Möglichkeiten. Der Niedergang der Weimarer Demokratie, die Selbstgleichschaltung der Landeskirche, die Abschaffung der synodal-presbyterialen Kirchenverfassung sowie die Gewaltmaßnahmen gegen Juden und Oppositionelle riefen keinen kirchlichen Widerstand hervor.
2. Diese Entwicklung betraf alle Ebenen der pfälzischen Kirche. Landessynode, Kirchenregierung und Landeskirchenrat, aber auch Gemeinden und kirchliche Gruppen unterstützten das nationalsozialistische Regime. In kaum fassbarer Geschwindigkeit vollzog sich eine Selbstanpassung des Protestantismus.
3. Innerkirchliche Opposition formierte sich erst im Zuge der Eingliederung der pfälzischen Kirche in die „Reichskirche“. Die prinzipielle Loyalität gegenüber dem NS-Regime wurde dabei nicht in Frage gestellt. Von einem offenen Kirchenkampf kann nicht die Rede sein.

4. Die Kirche unterstützte die Kriegspropaganda. Die militärischen Erfolge gegen Polen und Frankreich wurden religiös überhöht. Öffentlichen Widerspruch gegen die Entrechtung, Deportation und Ermordung von Juden gab es nur in wenigen Einzelfällen. Auch gegen Zwangsarbeit, Ermordung von Kranken und Menschen mit Behinderung sowie gegen die Verfolgung und Vernichtung von Oppositionellen, Sinti, Roma, Homosexuellen und anderen Gruppen gab es keinen öffentlichen Protest. Nicht zuletzt antikatholische Ressentiments verhinderten gemeinsames christliches Handeln.

### **Die Verantwortung für die Zukunft**

Als Kirche und als einzelne Christinnen und Christen verpflichten wir uns,

- das Evangelium von Jesus Christus als alleinigen Maßstab unseres Lebens verständlich und zeitkritisch zu bezeugen;
- für das Lebensrecht und die Würde aller Menschen einzustehen;
- „jeder Form von Judenfeindschaft entgegenzutreten“ (Kirchenverfassung seit 1995);
- über unsere besondere Beziehung zum Judentum hinaus zum Frieden unter allen Religionen beizutragen und für die Religionsfreiheit einzustehen;
- zu einer differenzierten Sicht des Islam beizutragen und islamfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten;
- am demokratischen Gemeinwesen mitzuwirken und auf die Wahrung der kirchlichen Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zu achten;
- Rechtspopulismus sowie Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz entgegenzuwirken und uns für eine offene Gesellschaft einzusetzen;
- Kritikfähigkeit und demokratische Streitkultur in unserer Kirche zu fördern.

Prägend für eine protestantische Grundhaltung ist es, die eigenen Positionen zu hinterfragen, das Evangelium klar zu bezeugen und Verantwortung für andere zu übernehmen.

Bad Dürkheim, 3. Juni 2016

Verabschiedet durch einstimmigen Beschluss der Landessynode.

## Anhang zur Resolution

Die Landessynode schlägt vor, die Ergebnisse des Handbuchs auf verschiedenen Wegen zu vertiefen und in die Gemeinden sowie in die Öffentlichkeit zu tragen. Dafür sind landeskirchliche Mittel im Umfang von jeweils 50.000 € in den beiden nächsten Haushaltsjahren zur Verfügung zu stellen.

Folgende Maßnahmen sollen unter anderem unterstützt werden:

- die engagierte Fortsetzung der Aktivitäten der landeskirchlichen Arbeitskreise „Kirche und Judentum“, „Ukraine-Pfalz“ und „Islamfragen“ sowie der interreligiösen Foren vor Ort;
- die Entwicklung medialer oder museumspädagogischer Präsentationen zu den Themen des Handbuchs;
- die Erarbeitung religionspädagogischer Materialien auf der Grundlage der vorgelegten Ergebnisse;
- die Förderung lokalgeschichtlicher Arbeiten zur NS-Kirchengeschichte der Pfalz;
- die wissenschaftliche Weiterarbeit – etwa zu pfälzischen Predigten in der NS-Zeit;
- die Beteiligung an regionalen friedenspädagogischen Projekten – etwa im Blick auf den Westwall;
- die Unterstützung regionaler Initiativen und Gedenkstättenarbeit;
- die dauerhafte Unterstützung und die Zusammenarbeit mit der „Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste e.V.“.

Zur Koordination solcher Aktivitäten und Entwicklung weiterer Projekte setzt der Landeskirchenrat eine Begleitgruppe ein.

Bad Dürkheim, 3. Juni 2016

Verabschiedet durch einstimmigen Beschluss der Landessynode.

## **Mit weiterem Einsparprogramm rechnen**

### Landessynode beschließt Eckpunkte der mittelfristigen Finanzplanung

Bad Dürkheim (lk). Die Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz hat auf ihrer Tagung in Bad Dürkheim am Freitag die Eckpunkte der mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2022 beschlossen. Trotz gegenwärtig erfreulich guter Kirchensteuereinnahmen hat Oberkirchenrätin Karin Kessel aber vor zu viel Optimismus gewarnt. Angesichts eines in den nächsten Jahren zu erwartenden strukturellen Defizites werde sich die Synode mit einem weiteren Einsparprogramm auseinandersetzen müssen, sagte Kessel.



Kessel rechnet damit, dass sich das Haushaltsdefizit bis 2022 voraussichtlich auf rund 11 Millionen belaufen werde. Daher sei trotz der bereits geleisteten Einsparmaßnahmen infolge der von der Synode 2010 beschlossenen Portfolioanalyse eine weitere Haushaltskonsolidierung unumgänglich, sagte die Finanzdezernentin. Über den Doppelhaushalt 2017/18 der pfälzischen Landeskirche berät die Synode auf ihrer Herbsttagung im November.

2016 rechnet die Finanzdezernentin mit Kirchensteuereinnahmen in Höhe von rund 118 Millionen. Ab 2017 zeige die Kurve voraussichtlich wieder nach unten: um 0,5 Prozent pro Jahr. Als Grund nannte Kessel u.a. den demografisch bedingten Verlust von Gemeindegliedern und konjunkturellen Schwankungen. Die Oberkirchenrätin prognostizierte, dass die Einnahmen aus der Kirchensteuer demnach bis 2022 auf rund 115 Millionen sinken werden. Dem stehen laut Kessel vor allem steigende Personalausgaben gegenüber: Hier geht Oberkirchenrätin Karin Kessel bis 2022 von einem Anstieg auf rund 106 Millionen aus. Zu Buche schlagen nach ihren Worten auch höhere Ausgaben im Kita-Bereich. Kessel empfahl daher die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Land zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes als „zwingend notwendig“.

Zu den von der Synode am Freitag beschlossenen Maßnahmen im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung zählen u.a. Ausgaben für das Flüchtlingshilfekonzept, ein religionspädagogisches Konzept in Kindertagesstätten, für Jubiläumsfeierlichkeiten (Reformation 2017, 200 Jahre Pfälzische Kirchenunion 2018), Standardassistenten für Gemeindepfarrer, die Weiterführung des Klimaschutzmanagements sowie die Organisationsentwicklung im Landeskirchenrat. Insgesamt führe dies in den kommenden Jahren zu Mehrausgaben von rund 3,5 Millionen Euro pro Jahr, führte Kessel aus.

3. Juni 2016, Bad Dürkheim

### **Änderung beim Finanzausgleich im Blick auf fusionierte Kirchenbezirke**

Bad Dürkheim (lk). Mehrere Kirchenbezirke, die sich zu einem Kirchenbezirk zusammenschließen, erhalten nach einem Beschluss der Landessynode für die ersten vier Jahre ihres Zusammenschlusses eine Sonderzahlung im Rahmen des Finanzausgleichs. Wie die Finanzdezernentin der Landeskirche, Oberkirchenrätin Karin Kessel, erläuterte, erreichen die einem fusionierten Kirchenbezirk zustehenden Schlüsselzuweisungen nicht die Summe der den bisherigen Kirchenbezirken zustehenden Schlüsselzuweisungen. Die Differenz werde nun durch eine Sonderzahlung an den neu entstandenen Kirchenbezirk ausgeglichen.

3. Juni 2016, Bad Dürkheim

## **Landessynode unterstützt Klimaschutzziele**

Bad Dürkheim (lk). Für mehr Klimagerechtigkeit will sich die Evangelische Kirche der Pfalz einer großen gesellschaftlichen und ökumenischen Bewegung anschließen. Dabei unterstützt sie das auf Ebene der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vereinbarte Ziel, den Ausstoß des klimaschädlichen Gases Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) bis 2020 um 40 Prozent gemessen



am Basisjahr 2005 zu reduzieren. Das hat die Landessynode auf ihrer Tagung am Freitag in Bad Dürkheim beschlossen. Dies sei zwar eine „große Herausforderung“, sagte der für Umweltfragen zuständige Dezernent, Oberkirchenrat Michael Gärtner. Für eine Begrenzung der Erwärmung sei es jedoch absolut notwendig, dass die Weltgemeinschaft möglichst schnell handle.

Zusammen mit den Kirchen der Ökumene wolle man einen „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ einschlagen, sagte Gärtner. Maßstab seien die Forderungen der Weltklimakonferenz von 2015, wonach die Menschheit in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts das Klima nicht mehr belasten dürfe und aus der fossilen Energiewirtschaft aussteigen müsse. Mit ihrer Klimaschutzinitiative befindet sich die pfälzische Landeskirche nach den Worten Umweltdezernent Gärtner und der landeskirchlichen Umweltbeauftragten Bärbel Schäfer auf einem guten Weg. Beispielsweise hätten die Kirchengemeinden maßgeblich dazu beigetragen, dass die Emissionen im Bereich Gebäude deutlich gesenkt werden konnten, erklärte Klimaschutzmanagerin Sibylle Wiesemann. „Jeder kleine Schritt trägt zu dem großen Endergebnis bei.“

## **Berufsprofil des Gemeindediakons schärfen**

Die Landessynode hat sich am Freitag auch mit dem Berufsprofil von Gemeindediakonen und Jugendreferenten befasst. Laut einem vom „Arbeitskreis Berufsprofil der Gemeindediakone“ erarbeiteten Positionspapier mit dem Titel „Den Weg mutig weitergehen“ ist es dringend notwendig, das Berufsbild entsprechend den Anforderungen an eine Volkskirche im Wandel weiterzuentwickeln, erklärte der für Gemeindediakone und Jugendreferenten zuständige Dezernent, Oberkirchenrat Gottfried Müller. Dazu sollen die bestehenden kirchenrechtlichen Grundlagen überarbeitet und angepasst werden. Das betrifft u.a. Fort- und Weiterbildung, die Vernetzung der Dienste untereinander und die Begleitung von Berufseinsteigern und eine Aufgabenbeschreibung für die landeskirchlichen Beauftragten.

Gemeindediakone beraten, begleiten und qualifizieren Ehrenamtliche, sind für religionspädagogische und gesellschaftspolitische Bildungsangebote zuständig, arbeiten in der Erwachsenenbildung und in der Seniorenarbeit, aber auch im Bereich Seelsorge und Verkündigung. Arbeitsschwerpunkt der Jugendreferenten ist es, Jugendarbeit vor Ort zu initiieren und Ehrenamtliche für die Jugendarbeit zu gewinnen und sie zu begleiten.

3. Juni 2016, Bad Dürkheim

## **Berufsprofil gemeindebezogener Dienste aktualisieren**

Bad Dürkheim (lk). Das Berufsprofil der gemeindebezogenen Dienste soll nach dem Willen der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz weiterentwickelt werden. Bei Ihrer Tagung in Bad Dürkheim forderte die Synode den Landeskirchenrat auf, unter Beteiligung der betroffenen Berufsgruppen das Gesetz über die Ordnung des Amtes der Gemeindediakone zu aktualisieren.

In Zeiten der Umbrüche und der sich rasant verändernden Gesellschaft, blieben auch Glaubensüberzeugungen und die Einstellung zur Kirche von der Entwicklung nicht unberührt, sagte Jugendreferent Paul Neuberger. „Kirche“ finde für viele Menschen nur noch in Lebensumbrüchen statt. Die Säkularisierung sei in den modernen Milieus weit vorangeschritten. In ihrem Strategiepapier „Mutig voranschreiten - Den Wandel gestalten – Gott vertrauen“ habe die Landessynode 2011 die Herausforderungen aufgegriffen. Darin begreife sich die Landeskirche als Volkskirche im Wandel und wolle als solche eine öffentliche, erkennbare, offene, missionarische Kirche und Kirche für Andere sein und bleiben.

Nach Auffassung der Mitarbeiter der gemeindebezogenen Dienste stellen die Wandlungsprozesse auch Herausforderungen für Gemeindediakoninnen und Gemeindediakone dar. Auch deren Berufsbild unterliege diesem Wandel. „Es ist notwendig, rechtzeitig über neue Arbeitsformen und Zugänge von Menschen zur Kirche nachzudenken. Daher ist die Weiterentwicklung des Berufsprofils aktuell geboten“, heißt es in einem Positionspapier, das der Synode vorgelegt wurde.

3. Juni 2016, Bad Dürkheim

## **Zukunft des Evangelischen Krankenhauses Zweibrücken weiterhin offen**

### Vorstand und Verwaltungsratsvorsitzender informieren Landessynode über aktuelle Situation

Bad Dürkheim (lk). Am 20. Juni 2016 soll die Mitgliederversammlung des Landesvereins für Innere Mission (LVIM) eine Entscheidung über die Zukunft des Evangelischen Krankenhauses Zweibrücken treffen. Das hat der Verwaltungsratsvorsitzende des LVIM und Diakoniedezernent der Landeskirche, Oberkirchenrat Manfred Sutter, vor der in Bad Dürkheim tagenden Landessynode erklärt. Zu den Optionen, die gegenwärtig geprüft würden, zählten eine Verbundlösung mit dem katholischen Nardini-Klinikum Zweibrücken und die Weiterführung des Krankenhauses in Trägerschaft eines Investors.

In den vergangenen Wochen sind nach Auskunft von Sutter und Vorstand Rainer Doll zu rund 30 möglichen Investoren Kontakte aufgenommen worden. Bei den Gesprächen mit dem örtlichen Nardini-Klinikum konzentrierte man sich auf den Bereich Innere Medizin, wobei eine endgültige Zahl zu übertragender Betten und Beschäftigten noch nicht benannt werden könne. Derzeit



seien in der „Inneren“ am Evangelischen Krankenhaus mit ihren 95 Arbeitsplätzen zwischen 60 und 70 Betten belegt, erklärte Doll. Bei der Verbundlösung werde das Gebäude des Evangelischen Krankenhauses zunächst für den Bereich Innere Medizin weitergenutzt.

Ausdrücklich dankte LVIM-Verwaltungsratsvorsitzender Sutter den Mitarbeitern für ihre „mehr als bemerkenswerte Loyalität und Dienstbereitschaft zu ihrem Krankenhaus“. Dies geschehe trotz der Ungewissheit, wie es mit dem Krankenhaus und damit für sie selbst weitergehe. Bisher habe noch kein Mitarbeiter das Haus verlassen. „Es ist dieser Haltung der Mitarbeiterschaft zu verdanken, dass der Betrieb des Krankenhauses weiterhin mit hoher Qualität weitergeführt werden kann“, sagte Sutter.

Dem Engagement der Mitarbeiter entspricht nach Angaben von Oberkirchenrat Sutter „leider die Belegung der Betten nicht“. Zurzeit seien von 277 durchschnittlich nur 110 Betten belegt, was zu einem Defizit von monatlich 500.000 Euro führe. Eine Verbesserung der Situation sei nicht in Aussicht, erklärte Vorstand Rainer Doll.

Als Träger des Krankenhauses fühle sich der LVIM verpflichtet, möglichst allen Mitarbeitern nach einer Entscheidung am 20. Juni Arbeitsplätze anzubieten. Dies könne neben einem neuen Träger auch in Einrichtungen des LVIM oder anderer diakonischer und öffentlicher Träger sein. Sollten einzelne Menschen nicht vermittelt werden können, „wird sich der LVIM

nach Kräften um eine finanzielle Abfederung im Rahmen des Möglichen aus dem Krankenhausstrukturfonds bemühen“, sagten Sutter und Doll.



Bereits zu Beginn der Synodaltagung hatte Kirchenpräsident Christian Schad in seinem Bericht darauf hingewiesen, dass er ein Zusammengehen des angeschlagenen Landesvereins mit den Diakonissen Speyer-Mannheim befürworte. Die Diakonissenanstalt sei jedoch aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage, das Krankenhaus Zweibrücken zu übernehmen. Dies wäre „ein Schritt gegen die ökonomische Vernunft, der nicht nur hunderte, sondern tausende Arbeitsplätze in der pfälzischen Diakonie gefährden würde“, sagte Schad.

Bei einem Zusammengehen des LVIM mit den Diakonissen Speyer-Mannheim blieben nach Schads Worten das Evangelische Krankenhaus in Bad Dürkheim sowie acht stationäre Altenhilfezentren in der Vorder- und Westpfalz mit rund 900 Pflegeplätzen in diakonischer Hand und rund 1.400 Arbeitsplätze gesichert.

Der LVIM ist eine rechtlich, organisatorisch und finanziell selbstständige Einrichtung innerhalb der Evangelischen Kirche der Pfalz. Seine Organe sind Mitgliederversammlung, Verwaltungsrat und Vorstand. Die Landessynode besitzt keine Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte. Sie hat sich unter dem Tagesordnungspunkt „Information“ mit der aktuellen Situation des LVIM befasst.

3. Juni 2016, Bad Dürkheim

## **Michael Gärtner zum stellvertretenden Kirchenpräsidenten gewählt**

Der Bildungsdezernent tritt die Nachfolge von Oberkirchenrat Gottfried Müller an

Bad Dürkheim (lk).Oberkirchenrat Michael Gärtner ist von der Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz zum stellvertretenden Kirchenpräsidenten gewählt worden. Der 61-jährige Bildungsdezernent erhielt im ersten Wahlgang 54 von 66 abgegebenen Stimmen. Neun Synodale stimmten dagegen, drei enthielten sich. Gärtner wird Nachfolger von Oberkirchenrat Gottfried Müller, der das Amt seit 2008 inne hatte und Ende August in den Ruhestand geht. Nach der Verfassung der Landeskirche wird der Stellvertreter des Kirchenpräsidenten aus der Reihe der fünf Oberkirchenräte gewählt. Er vertritt den Präsidenten im Verhinderungsfalle. Der Nominierungsausschuss der Synode hatte Gärtner zur Wahl vorgeschlagen.

Michael Gärtner wurde 1955 in Hamburg geboren und studierte in Wuppertal und Heidelberg evangelische Theologie. Der promovierte Kirchenhistoriker war Religionslehrer am Herzog-Wolfgang-Gymnasium in Zweibrücken, Pfarrer in Ludwigshafen-Oggersheim und von 1995 bis 2012 Dekan des Kirchenbezirks Ludwigshafen. Die Landessynode hatte ihn im



November 2011 zum Oberkirchenrat gewählt. Seit April 2012 im Amt, ist Gärtner unter anderem für die Bereiche Religionsunterricht, Schule und Universitäten zuständig sowie für Erwachsenenbildung, Friedens- und Umweltfragen.

4. Juni 2016, Bad Dürkheim